

VERMERK

**Betr.: Kurzbericht über die zusätzliche Plenartagung
am 5. März 2003 in Brüssel**

**AUSSPRACHE ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU
DEN ARTIKELN 8 BIS 16 DES VERFASSUNGSENTWURFS**

Im Anschluss an die Plenartagung vom 28. Februar 2003, auf der sich der Konvent mit den Artikeln 8 bis 16 des Verfassungsentwurfs sowie mit den Änderungsvorschlägen der Konventsmitglieder befasste, setzte dieser seine Aussprache auf einer zusätzlichen Tagung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Konvents, Herrn Giuliano Amato, fort. Vormittags standen die Artikel 8 und 9 über die Grundprinzipien, nachmittags die anderen Artikel über die Zuständigkeiten im Mittelpunkt der Debatte.

Artikel 8 und 9: Grundprinzipien und Anwendung der Grundprinzipien

Ursprung der Zuständigkeiten

1. Einige Konventsmitglieder wiesen darauf hin, dass aus den Artikeln über die Zuständigkeiten (ab Artikel 8 Absatz 2 über den Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung) hervorgehen müsste, dass die Mitgliedstaaten und nicht die Verfassung die Zuständigkeiten zuweisen. Daher müsste bei der Nennung der Verfassung eher die Präposition "in" (oder die Wendung "gemäß den Bestimmungen der Verfassung") als die Präposition "von" verwendet werden. Andere machten darauf aufmerksam, dass die derzeitigen Verträge bereits die Formulierung "in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse" (siehe beispielsweise Artikel 5 Absatz 1 EGV) enthielten, und vertraten die Auffassung, dass diese nicht geändert werden sollte, da die Verfassung formell ein Vertrag bleibe.

Struktur der Artikel

2. Zahlreiche Konventsmitglieder empfahlen, die wiederholte Bezugnahme auf den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Artikel 8 Absatz 5, Artikel 9 Absatz 4 und Artikel 14) und die nationale Identität (Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 6) zu vermeiden. Einige schlugen vor, die Grundsätze der loyalen Zusammenarbeit und des Vorrangs des Unionsrechts sowie die Achtung der nationalen Identität in einem breiteren Rahmen als dem der Zuständigkeiten, z.B. in Titel I der Verfassung, zu behandeln. Andere zogen eine Zusammenlegung der Artikel 8 und 9 in Erwägung, bei der nicht zwischen den "Grundprinzipien" und ihrer "Anwendung" unterschieden würde.

Subsidiaritätsprinzip (Artikel 8 Absatz 3)

3. Mehrere Konventsmitglieder regten an, die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf die ausschließlichen Zuständigkeiten nicht ausdrücklich auszuschließen. Hierfür wurden verschiedene Argumente vorgetragen:
 - Wenn die Union über ausschließliche Zuständigkeiten verfügt, bedeutet dies nicht, dass sie zwangsläufig immer handeln muss; das Subsidiaritätsprinzip kann daher auch bei der Wahrnehmung einer ausschließlichen Zuständigkeit zum Tragen kommen.
 - Das Subsidiaritätsprinzip wirkt sich außerdem auf die Intensität einer Maßnahme in einem Bereich aus, in dem ausschließliche Zuständigkeit gegeben ist.
 - Das Subsidiaritätsprinzip gelangt - auch in einem Bereich, in dem ausschließliche Zuständigkeit gegeben ist, - stets auf der Ebene der Durchführung einer Maßnahme der Union zur Anwendung.
 - Das Subsidiaritätsprinzip gelangt bei der Wahrnehmung geteilter Zuständigkeiten, die im Zuge ihrer Wahrnehmung "ausschließlich" geworden sind, zur Anwendung.
 - Das Subsidiaritätsprinzip gelangt auch bei dem in Artikel 10 Absatz 1 vorgesehenen Mechanismus der Ermächtigung der Mitgliedstaaten durch die Union zur Anwendung.

4. Nach Auffassung einiger Konventsmitglieder hängt die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips mit der Ausweitung des Konzepts und der Änderung der Bezeichnung der sog. "ausschließlichen" Zuständigkeiten (siehe unten) zusammen. Andere hingegen sind der Ansicht, dass die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bei der Wahrnehmung der ausschließlichen Zuständigkeiten weiterhin ausgeschlossen sein sollte.
5. Mehrere Konventsmitglieder schlugen außerdem vor, nach "auf der Ebene der Mitgliedstaaten" die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu nennen (die auch im Protokoll über die Subsidiarität genannt werden müssten).

Kontrollmechanismus für das Subsidiaritätsprinzip (Artikel 9 Absatz 2)

6. Einige schlugen vor, den Mechanismus der Kontrolle durch die nationalen Parlamente nicht auf das Subsidiaritätsprinzip zu beschränken, sondern auch die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dieser Kontrolle zu unterwerfen. Ein Konventsmitglied schlug vor, diesen Mechanismus zugunsten des Ausschusses der Regionen auszudehnen.

Grundsatz des Vorrangs (Artikel 9 Absatz 1)

7. Zahlreiche Konventsmitglieder sprachen sich entschieden für seine Beibehaltung in der Verfassung aus, während andere zumindest eine andere, weniger direkte Formulierung wünschten, bei der beispielsweise von der Wahrnehmung der Zuständigkeiten gesprochen werden könnte, ohne dass die Verfassung selbst ausdrücklich genannt würde, oder bei der lediglich ausgeführt würde, dass das nationale Recht nicht vom Recht der Union abweichen darf.

Nationale Identität (Artikel 9 Absatz 6)

8. Mehrere Vorschläge betrafen die Bezugnahme auf die nationale Identität. Einige ziehen eine sehr knappe Bestimmung (wie in Artikel 1 Absatz 2) vor, andere akzeptieren eine ausführlichere Bestimmung, in der insbesondere auf die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die sprachliche Vielfalt, den Status der Kirchen (siehe die dem Vertrag von Amsterdam beigefügte Erklärung Nr. 11) oder die innere Sicherheit Bezug genommen wird. Die derzeitige Fassung von Artikel 9 Absatz 6 wurde allerdings von einigen als zu detailliert betrachtet. Ein Konventsmitglied äußerte Bedenken bezüglich der Bezugnahme auf die nationale Identität, da dieses Konzept nicht genau definiert sei.

Grundsatz der Kohärenz und der Integration ("mainstreaming")

9. Zahlreiche Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, dass einige derzeit geltende horizontale Bestimmungen über die Zuständigkeit, die alle Politikbereiche betreffen (*mainstreaming*), insbesondere im Bereich der Umwelt oder der Gleichstellung von Männern und Frauen, herausgestellt werden. Eine derartige Bestimmung müsste im ersten Teil der Verfassung stehen, einige nannten Artikel 8 (oder 9) als geeigneten Platz.
10. Herr Amato bemerkte in seiner Schlussfolgerung, dass die Texte in Bezug auf folgende Punkte, zu denen relatives Einvernehmen herrscht, vom Präsidium nochmals geprüft werden sollten:
 - Aufnahme des Grundsatzes der Integration und Kohärenz (*mainstreaming*)
 - Nennung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften
 - einziger Artikel über die nationale Identität
 - Ursprung der Zuständigkeiten: Am Anfang des Vertrags könnte grundsätzlich festgelegt werden, dass die Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten übertragen worden sind.

Artikel 10 bis 16: Arten von Zuständigkeiten

Arten von Zuständigkeiten (Artikel 10) und allgemeines Konzept

11. Mehrere Konventsmitglieder fragten, ob die Absätze 3 und 4 (Koordinierung der Wirtschaftspolitik und GASP) nötig seien, da es sich nicht um eine Zuständigkeitsart im eigentlichen Sinne (sondern vielmehr um eine Einzelermächtigung) handele. Andere hingegen waren der Ansicht, dass diese Bereiche nicht in die Zuständigkeit der Union, sondern in jene der Mitgliedstaaten fallen.

12. Einige Konventsmitglieder regten an, gesondert von den Unterstützungsmaßnahmen eine eigene Kategorie für Koordinierungsbefugnisse im Allgemeinen zu schaffen. In diesem Sinne schlugen auch manche Konventsmitglieder vor, bei den geteilten Zuständigkeiten zwischen den Aktionsbereichen entsprechend ihrer Intensität zu unterscheiden (z.B. jene, deren Wahrnehmung sich auf die Festlegung von Grundprinzipien oder Mindestvorschriften zu beschränken hat). Ein Konventsmitglied schlug vor, den Grundsatz der Teilung der Zuständigkeiten festzuschreiben und dessen genauen Geltungsbereich zu definieren, ohne jedoch eine Liste - auch wenn sie nur Richtcharakter hätte - aufzustellen; dabei müssten gegebenenfalls die Besonderheiten bestimmter Bereiche insbesondere hinsichtlich der Art der Maßnahme (nicht unbedingt im ersten Teil des Vertrags) aufgeführt werden.
13. Schließlich fragten einige mit Blick auf Artikel 10 Absatz 6, ob es sinnvoll sei, in den Artikeln 12 und 15 (geteilte Zuständigkeiten und unterstützende Maßnahmen) erneut auf den zweiten Teil Bezug zu nehmen, während dies in Artikel 11 (ausschließliche Zuständigkeiten) nicht geschehe.

Ausschließliche Zuständigkeiten (Artikel 11)

14. Eine Reihe von Konventsmitgliedern schlug vor, die "ausschließlichen" Zuständigkeiten als "eigene" oder "zugewiesene" Zuständigkeiten der Union oder ganz einfach als "Zuständigkeiten der Union" zu bezeichnen. Nach Auffassung einiger Konventsmitglieder ist der Begriff "ausschließliche Zuständigkeit" aus juristischer Sicht präziser, nach Ansicht anderer ist er irreführend, insbesondere weil die Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die Durchführung oder Kontrolle in diesen Bereichen behalten bzw. von der Union ermächtigt werden können, tätig zu werden.
15. Es wurden einige Bereiche genannt, die zusätzlich in diese neue Kategorie aufgenommen werden könnten, beispielsweise der Binnenmarkt, die Organisation der Agrarmärkte, der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und die Finanzierung der Union. Manche Konventsmitglieder erwähnten auch die GASP und den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Andere hingegen hatten Bedenken, bestimmte Bereiche, insbesondere die vier Freiheiten, die Wettbewerbspolitik oder auch gewisse als heikel geltende Aspekte der Handelspolitik, der ausschließlichen Zuständigkeit zuzuordnen. Was die vier Freiheiten anbelangt, so schlugen manche Konventsmitglieder vor, sie an herausragenderer Stelle, jedoch nicht notwendigerweise im Rahmen des Titels über die Zuständigkeiten, zu nennen.

Geteilte Zuständigkeiten (Artikel 12)

16. Einige Konventsmitglieder baten um nähere Erläuterungen zu dem Konzept, insbesondere zu Artikel 12 Absatz 3 ("...", wenn die Union ihre Zuständigkeit nicht ausgeübt hat oder nicht mehr ausübt") im Verhältnis zum letzten Satz von Artikel 10 Absatz 2 ("Die Mitgliedstaaten nehmen ihre Zuständigkeit wahr ...").
17. Mehrere würden es vorziehen, wenn bei der Kategorie der geteilten Zuständigkeiten, die eine Restkategorie darstellt, keine Aufzählung der entsprechenden Hauptbereiche - auch wenn die Aufzählung nur Richtcharakter hätte - erfolgen würde. Im Gegensatz dazu schlugen andere vor, den Artikel um bestimmte Bereiche zu ergänzen, wie die Bekämpfung der Diskriminierung, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einwanderungspolitik, die Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste, die steuerliche Dimension des Binnenmarktes, den Katastrophenschutz, den Tierschutz usw. Vereinzelt wurde auch das öffentliche Gesundheitswesen als unterstützungswürdiger Bereich genannt.

Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Artikel 13)

18. Zahlreiche Mitglieder des Konvents schlugen vor, die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bzw. auch einige Aspekte der Sozialpolitik als eine Einheit zu behandeln. Einige wiesen darauf hin, dass nicht die Union als solche die Wirtschaftspolitik koordiniert, sondern die Mitgliedstaaten bzw. allenfalls der Rat. Andere wiesen darauf hin, dass man in diesem Bereich nicht hinter den gegenwärtigen Stand zurückfallen dürfe, schließlich sei im derzeitigen Vertrag von "der Wirtschaftspolitik" und nicht nur von der Koordinierung die Rede.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 14)

19. Einige schlugen vor, diesen Artikel zu streichen, andere, die gemeinsame Verteidigungspolitik in diesem Artikel zu erwähnen.

Unterstützende Maßnahmen (Artikel 15)

20. Mehrere Mitglieder schlugen vor, unter der Kategorie der Bereiche, in denen die Union unterstützend tätig wird, nicht alle betroffenen Bereiche erschöpfend aufzuführen, um der Regelung mehr Flexibilität zu geben. Einige Mitglieder hielten es für denkbar, in dieser Kategorie nicht von vornherein jede, auch die geringfügigste Harmonisierung auszuschließen. Schließlich würden einige Mitglieder die Bezeichnung "ergänzende Zuständigkeiten" der Bezeichnung "Bereiche, in denen die Union unterstützend tätig wird" vorziehen.

Flexibilitätsklausel (Artikel 16)

21. Mehrere Mitglieder haben zu dem Verfahren für die Annahme der Vorschriften aufgrund dieser Klausel, insbesondere was die Rolle des Europäischen Parlaments und die Beschlussfassung im Rat (qualifizierte Mehrheit) anbelangt, Alternativvorschläge gemacht. Einige schlugen vor, diese Klausel so zu fassen, dass Flexibilität in beide Richtungen möglich ist, d.h. dass eine Zuständigkeit der Union auch eingeschränkt werden kann. Einige schließlich schlugen vor, die Bezeichnung "Flexibilitätsklausel" zu ändern.
-

EUROPÄISCHER KONVENT
Zusätzliche Tagung am Mittwoch, den 5. März 2003

REDNERLISTE

Fortsetzung der Aussprache über den Entwurf der Artikel 8 bis 16 (Dok. CONV 528/03)

Vormittags

err Reinhard RACK - Europäisches Parlament
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament
Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)
Herr Andrew Nicholas DUFF, Europäisches Parlament
Herr Peter HAIN – Vereinigtes Königreich (Regierung)
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
Herr John Edward TOMLINSON - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)
Herr Neil Nicholas MACCORMICK - Europäisches Parlament
Herr Bobby MacDONAGH – Irland (Regierung)
Herr Jean Luc DEHAENE - Stellvertretender Vorsitzender
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament
Herr Antonio VITORINO - Kommission
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
Lord MACLENNAN of Rogarts - Vereinigtes Königreich (Parlement)
Herr Rytis MARTIKONIS – Litauen (Regierung)
(Blaue Karte: Fayot)
Frau Linda McAVAN - Europäisches Parlament
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
Herr Manfred DAMMEYER - Ausschuss der Regionen
Frau Claude Du GRANRUT – Beobachter

Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
Herr António NAZARE-PEREIRA - Portugal (Parlament)
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
Frau Pervenche BERES, Europäisches Parlament

Nachmittags

Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)
Herr Jacques FLOCH – Frankreich (Parlament)
Herr John Edward TOMLINSON - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Manuel Lobo ANTUNES - Portugal (Regierung)
Herr Reinhard RACK - Europäisches Parlament
Herr Jens-Peter BONDE, Europäisches Parlament
Herr Andrew Nicholas DUFF, Europäisches Parlament
Lord MACLENNAN of Rogart - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
Frau Pascale ANDREANI – Frankreich (Regierung)
(Blaue Karten: Peterle, Ponzano, Horvat, Duff)
Herr Bobby MacDonagh – Irland (Regierung)
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
Herr Carlos CARNERO GONZALES - Europäisches Parlament
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament
Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament
(Blaue Karten: Tomlinson, Kauppi, Pereira, Helle, Avgerinos, Lamassoure)
Herr Neil Nicholas MACCORMICK, (Europäisches Parlament)
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
(Blaue Karten: Bonde, Dybjaer, MacLennan, Berés, Duff, McDonagh)
